

Der nächste Aufreger

Zu: „EU will kleine Münzen abschaffen“, FR-Wirtschaft vom 29.1.

Wie verkrustet ist ein Land, in dem unwichtige Themen wie Cent-Münzen derart emotional diskutiert werden müssen? Kaum haben sich nach dem Kasenbonaufreger zum Jahresanfang die Emotionen etwas gelegt, sorgt die EU-Kommission für den nächsten Aufreger. Politiker wie Olaf Scholz steigen sofort in die Diskussion ein, um zu punkten, unabhängig vom Sinngehalt des Themas. Das lässt sich vermutlich nicht verhindern. Ich fordere daher zumindest von den JournalistInnen mehr Sorgfalt, weil drei Aspekte auch in der Vergangenheit regelmäßig außer acht gelassen wurden: Zum einen reden wir nur von Barzahlung, denn bei Kartenzahlung gibt es keine Notwendigkeit zum Runden. Zum anderen beabsichtigt wirklich niemand (!), die Preisgestaltung des Handels zu beeinflussen, so dass Preise von x,x9 natürlich weiterhin möglich sind. Es geht nur um zwei Cent in der Endsumme (!), die mal auf- und mal abgerundet werden, wobei sich das Auf- und Abrunden ja auch noch ausgleicht im Lauf der Zeit! Und zum Dritten geht es darum, dass wir seit Jahrzehnten Tankstellenpreise gewohnt sind, die auf x,xx9 lauten, obwohl es bekanntlich keine Möglichkeit gibt, Zehntel-Cent-Beträge bar zu bezahlen. Jeder akzeptiert, dass diese Beträge an der Tankkasse auf- und abgerundet werden, und niemand hat ein Problem damit! Nicht anders wäre es bei der Abschaffung der kleinen Cent-Münzen. Mehr Sachlichkeit und mehr Genauigkeit könnten helfen.

Bernfried Kleinsorge, Egelsbach

Warum ohne Prüfung?

Karikatur: „Bis dass der Tod uns scheidet“, FR-Meinung vom 1. Februar

Treffender hätte die Karikatur nicht sein können. Wenn man es weiterspinnt für zukünftige Rentenbezieher, so ist es auch wichtig, dass die Pflegedienste und Pflegeheime eine Steuerberatung auf Lebenszeit anbieten. Das deutsche Rentensystem ist nach der Rentenreform so kompliziert und ungerecht. Natürlich muss eine Grundrente eingeführt werden, aber warum ohne Prüfung? Jeder, der heute Hinterbliebenenrente beantragt, muss auch sämtliche Einkünfte angeben und oftmals Kürzungen der eingezahlten Anwartschaften hinnehmen. Das heißt, eigene Rente oder Lohn, Betriebsrenten und Kapitalerträge müssen angegeben werden. Selbst ein 450-Euro-Job wird angerechnet. Und das bei jeder Veränderung, deshalb gleiche Prüfkriterien für alle. Ich wünsche mir, dass die Rentenreform von 2004 nochmals überarbeitet wird und gerechter wird und das alle in eine Rentenversicherung einzahlen.

Carmen Horstmann, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Stephan Hebel spricht zum Thema „Lügt die Presse? – Wie Nachrichten entstehen“. Eintritt zehn, Studierende fünf Euro, Schülerinnen und Schüler frei.
13. Februar, 19.30 Uhr
Ludwigskapelle,
Kommerzienrat-Wagner-Straße 1B
Wachenheim an der Weinstraße.

Jens Joachim moderiert ein Gespräch zum Thema „Kulturelles Erbe und Zukunft. Die Rolle der Museen heute“ mit Martin Faass, Direktor des Hessischen Landesmuseums Darmstadt. Eine Veranstaltung der Evangelischen Stadtakademie Darmstadt.
Dienstag, 18. Februar, 18:30 Uhr
Offenes Haus, Rheinstraße 31,
Darmstadt

Bascha Mika und **Nadja Erb** stellen ihr Buch „Mut für einen Feminismus, der Allen gut tut“ vor.
Donnerstag, 20. Februar, 18 Uhr
Literaturhaus, Kasinostraße 3,
Darmstadt

Bascha Mika moderiert ein Gespräch zum Thema „Die Frage nach dem richtigen Leben und das Wissen von den wichtigen Dingen“ mit Prof. Norbert Bolz. Eine Veranstaltung der Evangelischen Stadtakademie Darmstadt.
Dienstag, 3. März, 18:30 Uhr
Offenes Haus, Rheinstraße 31,
Darmstadt

Mit dem Recht des Stärkeren

Trumps Plan für den Nahen Osten: „Schlechter Deal“, FR-Meinung vom 29. Januar

Ein Leben in Freiheit und Würde

Marina Korbakakis Bewertung von Trumps „Friedensplan“ kann ich nur zustimmen. Das sind eindeutige, klare Worte, die den Tatsachen entsprechen, im Gegensatz zu der nichtssagenden Äußerung unseres Außenministers Heiko Maas. Da hat sich wieder einmal gezeigt, dass er leider eine Fehlbesetzung ist.

Die Palästinenser wollen keine Verbesserung und Umbenennung ihres Gefängnisses, sondern ein Leben in Freiheit und Würde. Noch kein Volk hat sich mit einer kolonialen Besatzung und Entrechtung abgefunden. Frieden kann es nur auf der Basis von Recht und Gerechtigkeit geben. Deshalb müsste für entschädigungslos beschlagnahmtes palästinensisches Eigentum das gleiche gelten wie für jüdisches – entweder Rückgabe oder Entschädigung. Da sollte nicht zweierlei Maß gelten.

Gerd S. Ullmann, Alfter

Wer kann Trump und Netanjahu aufhalten?

Ich bin überzeugt, dass Trump es nicht bei einem Plan bewenden lassen wird als eine Art Wahlveranstaltung für Netanjahu. Nein – Trump wird das in seinem Auftrag von seinem Schwiegersohn Kushner und in Absprache mit dessen Nenn-Onkel Netanjahu ausgearbeitete Konzept eins zu eins so rasch wie möglich umsetzen. Er wird eine Verurteilung Israels im Sicherheitsrat mit dem US-Veto verhindern – wie schon des Öfteren geschehen. 2019 hat Trump bereits tüchtig Vorarbeit geleistet: Er hat Jerusalem als „ungeteilte“ Hauptstadt Israels anerkannt und die US-Botschaft aus Tel Aviv nach Jerusalem verlegt. Er hat die Golan-Höhen als israelisches Staatsgebiet anerkannt. Er hat das Iran-Abkommen gekündigt und die Sanktionen gegen das iranische Regime wiedereingeführt.

Netanjahu wird dank der zeitgerechten „Friedensplan“-Verkündung – im Hintergrund die Gedenkfeiern zur



Palästinensische Demonstranten protestieren in Hebron gegen den Plan von US-Präsident Trump für den Nahen Osten. DPA

Befreiung des KZ Auschwitz – im dritten Anlauf doch noch als Ministerpräsident Israels gewählt werden. Netanjahu erklärt, er werde die (völkerrechtswidrige) Annexion des Jordantals und der Siedlungen in Judäa und Samaria gemäß der trumpischen Doktrin des Rechts des Stärkeren schnellstens realisieren – man müsse nicht auf den Friedensplan warten. Wer will ihm da in die Arme fallen?

Macron überlegt, die EU kündigt eine Prüfung an, die Arabische Liga ist handlungsunfähig, denn Saudi-Arabien wird von den USA im verlustreichen, bis jetzt erfolglosen Krieg im Jemen unterstützt. Jordanien, ein Nachbar Israels ist an sich schwach, finanziell auf die USA angewiesen, wirtschaftlich (u. a. Erdgas) von Israel abhängig und durch den Friedensvertrag mit Israel gebunden. So auch Ägypten, dessen Herrscher Abdel Fatah al-Sisi sich nur mit Gewalt an der Macht halten kann. König Salman versicherte Präsident Abbas am Telefon des „uneingeschränkten Rückhalts“ durch Saudi-Arabien – hohle Worte, die schon morgen vom Winde verweht sein werden. Die Botschafter der Emirate

(VAE), von Oman und von Bahrain waren bei der Verkündung des „Friedensplans“ anwesend und haben applaudiert.

Nur der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan – kein Araber – fand die richtigen Worte: „Absolut inakzeptabel“. Jedoch – wer wird Trump und damit Netanjahu noch rechtzeitig mit Macht in den Arm fallen?

Jürg Walter Meyer, Leimen

Zwei korrupte Politiker machen einen „Deal“

Der „Deal“ von Trump und Netanjahu missachtet das Völkerrecht: Ein amputierter „Staat“ für die Palästinenser und Annexion weiter Teile der palästinensischen Westbank, wo schon über eine Million bewaffneter israelischer Siedler gegen das Völkerrecht leben, das ist der „Deal“ von zwei korrupten Politikern. Trump drohte die Amtsenthebung, und Netanjahu ist wegen Korruption bereits angeklagt.

Trump und Netanjahu haben mit Worten Blut an ihren Händen. Beide sind Verbrecher.

Elias Jammal, Mannheim

Diskussion: frblog.de/nahostplan

Wann wird Deutschland endlich wach?

Zu: „Horror auf den Straßen“, FR-Meinung vom 23. Januar

Der Gastbeitrag müsste auch dem letzten Verfechter des Slogans „Freie Fahrt für freie Bürger“ zu denken geben. Wann hört der Wahnsinn der Raserei auf deutschen Straßen endlich auf? Wer schützt die Menschen vor Fahrern, die ihre „Freiheit“ ausnutzen, indem sie sie mit irrwitzigen Überholmanövern oder Drängeleien auf den Autobahnen gefährden oder letztendlich sogar töten?

Was hat Jens Spahn für eine riesige Debatte wegen der Impfpflicht gegen Masern vom Zaun gebrochen! Nicht, dass ich generell gegen Impfen wäre, aber 2018 sind gerade mal 72 Menschen an Masern gestorben! Da wird Impfen zur Pflicht erhoben, um ande-

re Kinder zu schützen, ohne die Risiken der Impfungen ebenfalls aufzuzeigen. Auf deutschen Autobahnen wird es geschätzte 3000 Verkehrstote in 2020 geben! Einen einzigen Verkehrstoten gab es in den vergangenen fünf Jahren in Norwegen! Wer schützt unter anderem die Kinder in den Autos vor diesen tödlichen Unfällen? Aber hier wird offensichtlich nur abgewogen – vor allem durch Herrn Scheuer –, inwiefern sich eine Entscheidung zu Ungunsten der Autoindustrie auswirken könnte. Wie diese Überlegungen bisher ausgefallen sind, ist hinlänglich bekannt.

Wie das Kaninchen vor der Schlinge verharren alle Verantwortlichen untätig mit billigen

Argumenten wie dem wiederkehrenden Mantra, dass ein Tempolimit für die Umwelt nicht viel bringen würde, in völliger Untätigkeit. Lieber Minister Scheuer: Aber ein Tempolimit rettet nachgewiesenermaßen Menschenleben! Nach der Impfpflicht bitte endlich ein Tempolimit! Und natürlich die Einführung aller neuen Technologien im Auto, um Tote zu verhindern. Alle anderen Länder sind längst klüger als Deutschland und führen uns vor, wie der Verkehr menschen- und umweltfreundlicher geregelt werden kann. Wann wird Deutschland endlich wach?

Irmgard Schürgers, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/tempolimit-3